



Verschwiegenheitserklärung Mama-Fahrschule

VERTRAULICHKEITSVEREINBARUNG ZWISCHEN

NAME: VORNAME:

ADRESSE:

(NACHFOLGEND „KURSTEILNEHMER“)

UND

DIE MAMA-FAHRSCHULE
IBCLC REGINA MASARACCHIA
VICOLO CARTIERA SNC.
90030 PALAZZO ADRIANO (PA)
ITALIEN
(NACHFOLGEND " KURSANBIETER")

(NACHFOLGEND BEIDE PARTEIEN AUCH BEZEICHNET ALS „PARTEI“ ODER „PARTEIEN“)



Verschwiegenheitserklärung Mama-Fahrschule

Präambel

Die Parteien beabsichtigen die Durchführung eines gemeinsamen Projekts im Zusammenhang mit [ausführliche Projektbeschreibung*]
(nachfolgend „Zweck“).

* Hier sollte der Zweck beschrieben werden, warum die vertraulichen Informationen an den Empfänger übergeben werden, damit in Kombination mit der Beschreibung in Ziffer 1.1 (siehe dort) im Fall einer streitigen Auseinandersetzung nachgewiesen werden kann, welche Informationen genau von dieser Vertraulichkeitsvereinbarung geschützt sind.

Der Inhaber beabsichtigt, für den vorstehend beschriebenen Zweck dem Empfänger vertrauliche Informationen gemäß nachstehender Ziffer 1 zur Verfügung zu stellen. Dem Empfänger ist bewusst, dass diese vertraulichen Informationen bisher weder insgesamt noch in ihren Einzelheiten bekannt oder ohne weiteres zugänglich waren, deshalb von wirtschaftlichem Wert sind, seitens des Inhabers durch angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen geschützt sind und an denen ein berechtigtes Interesse an deren Geheimhaltung besteht.*Sofern eine vertrauliche Information nach dieser Vertraulichkeitsvereinbarung (nachfolgend „Vereinbarung“) nicht den Anforderungen eines Geschäftsgeheimnisses im Sinne des Geschäftsgeheimnisgesetzes genügt, unterfällt diese Information dennoch den Vertraulichkeitsverpflichtungen nach dieser Vereinbarung.

*Dies sind die materiellen Voraussetzungen für den Schutz eines Geschäftsgeheimnisses nach der Know-How-Richtlinie bzw. dem GeschGehG. Ebenso wichtig ist es, diese Geheimhaltungsmaßnahmen entsprechend zu dokumentieren, denn nach dem Gesetz liegt ein Geschäftsgeheimnis erst dann vor, wenn angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Dies können bspw. technische Schutzmaßnahmen wie etwa die Kennzeichnung von Dokumenten, die Staffelung von Informationen nach bestimmten „Geheimhaltungsstufen“ bzw. eine durchgängige Datenklassifikation, Einführung eines entsprechenden Dokumentenmanagementsystems, ggfls. gekoppelt mit DLP-Systemen, etc. sein. Empfehlenswert ist es auch, die Geheimhaltungsklauseln bzw. Wettbewerbsabreden in Arbeitsverträgen zu prüfen und ggfls. spezifische Vertraulichkeitsverpflichtungen vorzusehen.

Definitionen

Inhaber: Als Inhaber wird die natürliche oder juristische Person bezeichnet, welche die rechtmäßige Kontrolle über das Geschäftsgeheimnis hat.

Empfänger: Als Empfänger wird die natürliche oder juristische Person bezeichnet, gegenüber welcher das Geschäftsgeheimnis offengelegt wird. Der Empfänger hat keinerlei Kontrolle über das Geschäftsgeheimnis und ist nicht berechtigt, das Geschäftsgeheimnis entgegen der Vereinbarung zu nutzen oder offenzulegen. Durch die Offenlegung des Geschäftsgeheimnisses wird der Empfänger nicht zum Inhaber im Sinne der vorstehenden Definition.

Offenlegung: Bezeichnet das Eröffnen des Geschäftsgeheimnisses gegenüber einem Dritten. Offenlegung bedeutet nicht Öffentlichkeit.

1. Vertrauliche Informationen

1.1 Als Inhaber wird die natürliche oder juristische Person bezeichnet, die Kontrolle über das Geschäftsgeheimnis hat. Als Empfänger wird jede natürliche oder juristische Person bezeichnet, gegenüber welcher das Geschäftsgeheimnis offengelegt wird. Der Empfänger hat keinerlei Kontrolle über das Geschäftsgeheimnis und ist nicht berechtigt, das Geschäftsgeheimnis entgegen der Vereinbarung zu nutzen oder offenzulegen. Offenlegung bezeichnet das Eröffnen des Geschäftsgeheimnisses gegenüber einem Dritten. Offenlegung bedeutet nicht Öffentlichkeit.

1.2 VERTRAULICHE INFORMATIONEN IM SINNE DIESER VEREINBARUNG SIND SÄMTLICHE INFORMATIONEN (OB SCHRIFTLICH, ELEKTRONISCH, MÜNDLICH, DIGITAL VERKÖRPERT ODER IN ANDERER FORM), DIE VON DEM INHABER AN DEN EMPFÄNGER ODER EINEM MIT EMPFÄNGER IM SINNE DER §§ 15 FF. AKTG VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ZUM VORGENANNTEN ZWECK OFFENBART WERDEN. ALS VERTRAULICHE INFORMATIONEN GELTEN INSBESONDERE:

1.2.1 GESCHÄFTSGEHEIMNISSE, PRODUKTE, HERSTELLUNGSPROZESSE, KNOW-HOW, ERFINDUNGEN, GESCHÄFTLICHE BEZIEHUNGEN, GESCHÄFTSSTRATEGIEN, BUSINESSPLÄNE, FINANZPLANUNG, PERSONALANGELEGENHEITEN, DIGITAL VERKÖRPERTE INFORMATIONEN (DATEN), ANALOGE UND DIGITALE PERSONENBEZOGENE DATEN;

1.2.2 JEDLICHE UNTERLAGEN UND INFORMATIONEN DES INHABERS, DIE GEGENSTAND TECHNISCHER UND ORGANISATORISCHER GEHEIMHALTUNGSMASSNAHMEN SIND UND ALS VERTRAULICH GEKENNZEICHNET ODER NACH DER ART DER INFORMATION ODER DEN UMSTÄNDEN DER ÜBERMITTLUNG ALS VERTRAULICH ANZUSEHEN SIND;

1.2.3 DAS BESTEHEN DIESER VEREINBARUNG UND IHR INHALT.

EINE DETAILLIERTE BESCHREIBUNG DES PROJEKTES UND DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN SIND DIESER VEREINBARUNG ALS ANLAGE BEIGEFÜGT.*

* SIEHE OBEN ZUR NOTWENDIGKEIT EINER GENAUEN BESCHREIBUNG DES PROJEKTES UND DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN.

1.3 KEINE VERTRAULICHE INFORMATIONEN SIND SOLCHE INFORMATIONEN,

1.3.1 DIE DER ÖFFENTLICHKEIT VOR DER MITTEILUNG ODER ÜBERGABE DURCH DEN INHABER BEKANNT ODER ALLGEMEIN ZUGÄNGLICH WAREN ODER DIES ZU EINEM SPÄTEREN ZEITPUNKT OHNE VERSTOSS GEGEN EINE GEHEIMHALTUNGSPFLICHT WERDEN;

1.3.2 DIE DEM EMPFÄNGER BEREITS VOR DER OFFENLEGUNG DURCH DEN INHABER UND OHNE VERSTOSS GEGEN EINE GEHEIMHALTUNGSPFLICHT NACHWEISLICH BEKANNT WAREN;

1.3.3 DIE VON DEM EMPFÄNGER OHNE NUTZUNG ODER BEZUGNAHME AUF VERTRAULICHE INFORMATIONEN VON DEM INHABER SELBER GEWONNEN WURDEN; ODER

1.3.4 DIE DER EMPFÄNGER VON EINEM BERECHTIGTEN DRITTEN OHNE VERSTOSS GEGEN EINE GEHEIMHALTUNGSPFLICHT ÜBERGEBEN ODER ZUGÄNGLICH GEMACHT WERDEN.

2. GEHEIMHALTUNGSPFLICHTEN

DER EMPFÄNGER VERPFLICHTET SICH,

2.1 DIE VERTRAULICHEN INFORMATIONEN STRENG VERTRAULICH ZU BEHANDELN UND NUR IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ZWECK ZU VERWENDEN;

2.2 DIE VERTRAULICHEN INFORMATIONEN NUR GEGENÜBER SOLCHEN VERTRETERN OFFEN ZU LEGEN, DIE AUF DIE KENNTNIS DIESER INFORMATIONEN FÜR DEN ZWECK ANGEWIESEN SIND, VORAUSGESETZT, DASS DER EMPFÄNGER SICHERSTELLT, DASS IHRE VERTRETER DIESER VEREINBARUNG EINHALTEN, ALS WÄREN SIE SELBST DURCH DIESE VEREINBARUNG GEBUNDEN;

2.3 DIE VERTRAULICHEN INFORMATIONEN EBENFALLS DURCH ANGEMESSENE GEHEIMHALTUNGSMASSNAHMEN GEGEN DEN UNBEFUGTEN ZUGRIFF DURCH DRITTE ZU SICHERN UND BEI DER VERARBEITUNG DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN DIE GESETZLICHEN UND VERTRAGLICHEN VORSCHRIFTEN ZUM DATENSCHUTZ EINZUHALTEN. DIES BEINHÄLTET AUCH DEM AKTUELLEN STAND DER TECHNIK ANGEPASSTE TECHNISCHE SICHERHEITSMASSNAHMEN (ART. 32 DSGVO) UND DIE VERPFLICHTUNG DER MITARBEITER AUF DIE VERTRAULICHKEIT UND DIE BEACHTUNG DES DATENSCHUTZES (ART. 28 ABS. 3 LIT. B) DSGVO);

2.4 SOFERN DER EMPFÄNGER AUFGRUND GELTENDER RECHTSVORSCHRIFTEN GERICHTLICHER ODER BEHÖRDLICHER ANORDNUNGEN ODER AUFGRUND EINSCHLÄGIGER BÖRSENRECHTLICHER REGELUNGEN VERPFLICHTET IST, TEILWEISE ODER SÄMTLICHE VERTRAULICHEN INFORMATIONEN OFFENZULEGEN, DEN INHABER (SOWEIT RECHTLICH MÖGLICH UND PRAKTISCH UMSETZBAR) HIERÜBER UNVERZÜGLICH SCHRIFTLICH ZU INFORMIEREN UND ALLE ZUMUTBAREN ANSTRENGUNGEN ZU UNTERNEHMEN, UM DEN UMFANG DER OFFENLEGUNG AUF EIN MINIMUM ZU BESCHRÄNKEN UND DEM INHABER ERFORDERLICHENFALLS JEDE ZUMUTBARE UNTERSTÜTZUNG ZUKOMMEN ZU LASSEN, DIE EINE SCHUTZANORDNUNG GEGEN DIE OFFENLEGUNG SÄMTLICHER VERTRAULICHER INFORMATIONEN ODER VON TEILEN HIERVON ANSTREBT.

3. Rückgabe bzw. Löschung der vertraulichen Informationen*

* Sofern die vertraulichen Informationen auch personenbezogene Daten enthalten, sollte darauf geachtet werden, dass aufgrund der Vorgaben der DSGVO, insb. Art. 17, ggf. abweichende Regelungen zur Löschung angezeigt sind.

Im Rahmen der DSGVO ist regelmäßig die Erstellung eines Löschkonzepts erforderlich. Als Ansatz zu dessen Konzeption kann die Zugrundelegung der DIN 66398/66399 dienen, welche zwar noch unter dem alten Datenschutzrecht erstellt wurde, aber kaum explizit Bezug auf Normen des BDSG-alt nimmt. Daher können die dort erläuterten Grundsätze im Wesentlichen als erster Ansatz zur Erstellung eines Löschkonzepts herangezogen werden. Besteht beim Inhaber ein solches Löschkonzept, ist naturgemäß darauf zu achten, dass die hier im Rahmen des NDA an den Vertragspartner weitergereichten Löschpflichten mit diesem Löschkonzept kompatibel sind.

3.1 Auf Aufforderung des Inhabers sowie ohne Aufforderung spätestens nach Erreichung des in der Präambel beschriebenen Zwecks ist der Empfänger verpflichtet, sämtliche vertraulichen Informationen einschließlich der Kopien hiervon innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen nach Zugang der Aufforderung bzw. nach Beendigung des Projektes zurückzugeben oder zu vernichten (einschließlich elektronisch gespeicherter vertraulicher Informationen), sofern nicht mit dem Inhaber vereinbarte oder gesetzliche Aufbewahrungspflichten dem entgegenstehen.

3.2 Die Vernichtung elektronisch gespeicherter vertraulicher Informationen erfolgt durch die vollständige und unwiderrufliche Löschung der Dateien oder unwiederbringliche Zerstörung des Datenträgers. Vollständige und unwiderrufliche Löschung bedeutet bei elektronisch gespeicherten vertraulichen Informationen, dass die vertraulichen Informationen derart gelöscht werden, dass jeglicher Zugriff auf diese Informationen unmöglich wird, wobei spezielle Lösungsverfahren (z.B. mittels „Wiping“) zu verwenden sind, welche den anerkannten Standards genügen (bspw. Standards des Bundesamts für Informationssicherheit).

3.3 Ausgenommen hiervon sind – neben vertraulichen Informationen, bzgl. derer eine Aufbewahrungspflicht i.S.d. Ziffer 3.1 besteht – vertrauliche Informationen, deren Vernichtung bzw. Rückgabe technisch nicht möglich ist, z.B. da sie aufgrund eines automatisierten elektronischen Backup-Systems zur Sicherung von elektronischen Daten in einer Sicherungsdatei gespeichert wurden; hierzu zählt auch das technisch notwendige Vorhalten von Stammdaten (z.B. Personal- oder Kundennummern), welches nötig ist, um eine Verknüpfung zu den archivierten Informationen herzustellen.

3.4 Auf Verlangen des Inhabers hat der Empfänger schriftlich zu versichern, dass er sämtliche vertrauliche Informationen nach den Maßgaben der vorstehenden Ziffern und den Weisungen des Inhabers vollständig und unwiderruflich gelöscht hat.

4. Eigentumsrechte an den vertraulichen Informationen

4.1 Der Inhaber hat, unbeschadet der Rechte, die er nach dem GeschGehG hat, hinsichtlich der vertraulichen Informationen alle Eigentums-, Nutzungs- und Verwertungsrechte. Der Inhaber behält sich das ausschließliche Recht zur Schutzrechtsanmeldung vor. Der Empfänger erwirbt kein Eigentum oder – mit Ausnahme der Nutzung für den oben beschriebenen Zweck – sonstige Nutzungsrechte an den vertraulichen Informationen (insbesondere an Know-how, darauf angemeldeten oder erteilten Patenten, Urheberrechten oder sonstigen Schutzrechten) aufgrund dieser Vereinbarung oder sonst wegen konkludenten Verhaltens.

4.2 Der Empfänger hat es zu unterlassen, die vertraulichen Informationen außerhalb des Zwecks in irgendeiner Weise selbst wirtschaftlich zu verwerten oder nachzuahmen oder durch Dritte verwerten oder nachahmen zu lassen und insbesondere auf die vertraulichen Informationen gewerbliche Schutzrechte – insbesondere Marken, Designs, Patente oder Gebrauchsmuster – anzumelden.

5. Vertragsstrafe

Verletzt der Empfänger oder Mitarbeiter des Empfängers oder sonstige Personen, für die der Empfänger gemäß §§ 31, 278, 831 BGB einzustehen hat, die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Pflichten, so vereinbaren die Parteien die Zahlung einer verschuldensunabhängigen Vertragsstrafe durch den Empfänger an den Inhaber in angemessener Höhe, wobei der Inhaber die Höhe nach billigem Ermessen i.S.v. § 315 BGB bestimmen wird und die Angemessenheit der Vertragsstrafe im Streitfall von dem zuständigen Gericht überprüft werden kann.* Die Geltendmachung weiteren Schadensersatzes bleibt vorbehalten.

* Alternativ könnten auch betragsmäßig festgelegten Pönalen bestimmt werden (die AGB-rechtliche Zulässigkeit ist allerdings fraglich).

6. Laufzeit

Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung in Kraft und endet drei Jahre* nach Beendigung des Informationsaustausches zum vorgenannten Zweck. Die Pflicht zur Geheimhaltung bleibt von der Beendigung dieser Vereinbarung unberührt. Sie gilt auch dann, wenn kein weiterer Vertrag im Zusammenhang mit dem Zweck geschlossen wird.

* Die Laufzeit sollte mit Blick auf den Kurs und Ausbildungsinhalte ggfls. angepasst werden.

7. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Die Bestimmungen dieser Vereinbarung unterliegen in ihrer Durchführung und Auslegung deutschem Recht unter Ausschluss des internationalen Privatrechts. Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Vereinbarung ist 90030 Palazzo Adriano (PA)

Italien

* Für Streitigkeiten um Know-How sind ausschließlich Landgerichte zuständig, der sog. „fliegende Gerichtsstand“ wird abgeschafft. Die Länder können hierfür Spezialkammern einrichten. Alternativ können sich die Parteien auch auf die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens einigen.

8. Schlussbestimmungen

8.1 Die vorliegende Vereinbarung stellt die gesamte zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung dar und ersetzt alle früheren Vereinbarungen zum oben genannten Zweck. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sowie Kündigungen bedürfen der Schriftform, wobei die elektronische Schriftform nicht ausreicht. Dies gilt auch für eine Änderung bzw. Aufhebung dieser Klausel.

8.2 Sollte in dieser Vereinbarung eine Bestimmung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich in diesem Fall, eine wirksame Regelung zu vereinbaren, die der nichtigen oder fehlenden Vereinbarung wirtschaftlich in gesetzlich erlaubter Weise am nächsten kommt.

Ort / Datum _____

Ort / Datum _____

Die Mama-Fahrschule; Regina Masaracchia

Kursanbieter _____

Kursteilnehmer _____

Unterschriften